



An die Mitglieder der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“

Offener Brief

Stuttgart, November 2018

Sehr geehrte Mitglieder der Rentenkommission,

Sie haben die verantwortungsvolle Aufgabe, sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025 zu befassen. Sie sollen dafür bis März 2020 eine Empfehlung für einen verlässlichen Generationenvertrag vorlegen.

Unser landesweites Bündnis gegen Armut im Alter in Baden-Württemberg begrüßt dies ausdrücklich.

Wir, Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche- und zivilgesellschaftliche Organisationen in Baden-Württemberg sehen dramatische Verschlechterungen in der Altersversorgung ab 2025 auf uns zukommen und haben uns deshalb im April 2017 zum Bündnis gegen Armut im Alter zusammenschlossen, um uns gemeinsam für eine Altersversorgung einzusetzen, die zu einem Leben in Würde reicht. Das Bündnis – mit seinen mehr als 30 Bündnis-Partner/innen - setzt sich dafür ein, dass Armut im Alter verhindert wird.

Wenn das Rentenniveau ab 2025 nicht weiter stabilisiert und perspektivisch auf mindestens 50 Prozent angehoben wird, hat dies zur Folge,



dass ein Leben in Würde für viele Menschen in unserem Land nicht mehr realisiert werden kann.

Eine reiche und soziale Gesellschaft darf es nicht zulassen, dass Menschen – am Ende einer langen Arbeitsbiographie – in Armut geraten.

Überdies hat Armut nicht nur eine ethische und menschenrechtliche Dimension. Sie bedeutet auch einen unmittelbaren volkswirtschaftlichen Schaden durch ausfallenden Konsum, erhöhte Krankenkosten und führt zu einer erhöhten Mortalität.

Wir möchten deshalb auf besonders wichtige Punkte aufmerksam machen, die bei der Erarbeitung Ihrer Empfehlung an die Bundesregierung mit einfließen sollten.

Das Fundament: Die gesetzliche Rentenversicherung

Niedriglohnsektoren, Zeiten der Arbeitslosigkeiten, Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt, unsichere Beschäftigungsverhältnisse wie Solo- und Scheinselbständigkeit, unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeit für Erziehungs- und Pflegearbeit sind Gründe für Armut im Alter, von denen Frauen besonders häufig betroffen sind.

Das abgesenkte Rentenniveau, sowie viele weitere Verschlechterungen der gesetzlichen Regelungen in den Sozialversicherungen gefährden die Lebenssituation fast der Hälfte aller zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Seit mehr als 125 Jahren ist die gesetzliche Rentenversicherung eine der größten Errungenschaften unserer Gesellschaft und eine große Erfolgsgeschichte. Ihr Ruf wurde durch die Leistungskürzungen der letzten Jahre gezielt beschädigt. Die Renten sind in den letzten Jahren



immer weiter gesunken. Das Rentenniveau ist bereits bei 48 Prozent angekommen. Wenn das Rentenniveau nicht weiter stabilisiert und perspektivisch auf mindestens 50 Prozent angehoben wird, schwindet die gesellschaftliche Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung, weil sie nicht mehr vor Armut schützt und den Lebensstandard nicht mehr sichert. Sie zu erhalten und zu sichern ist unsere und soll auch Ihre Aufgabe sein! Unser Nachbarland Österreich macht vor, wie eine solidarische Rentenpolitik auch besser funktionieren kann.

Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen. Sie muss Armut im Alter verhindern! Wir halten deshalb eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent für erforderlich.

Die betriebliche Altersvorsorge ausbauen

Die betriebliche Altersvorsorge ist als Ergänzung wichtig, allerdings nicht auf Kosten der Sozialversicherung und insbesondere nicht auf Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung. Außerdem erreicht sie nur knapp 60 Prozent der Beschäftigten. Je nach Wirtschaftsbereich und Unternehmensgröße ist die Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge sehr unterschiedlich. In den meisten Bereichen der Dienstleistungsbranchen und der Privatwirtschaft gibt es dieses Angebot nur in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Das im August 2017 erlassene Betriebsrentenstärkungsgesetz ist ein wichtiger Schritt, aber viele Beschäftigte werden hiervon nicht erreicht. Deshalb muss die betriebliche Altersvorsorge weiter ausgebaut und allen Beschäftigten – vor allem Frauen und Beschäftigten in Klein- und Kleinstbetrieben – zugänglich sein.



Die private Altersvorsorge hat versagt

Die private Altersvorsorge sollte die Kürzungen der letzten Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgleichen. Die private Altersvorsorge hat aber versagt. Sie ist im Gegensatz zur gesetzlichen Rente hohen Kapitalmarktrisiken ausgesetzt. Niedrigzinsen, Währungskrisen oder Aktiencrashes führen zu massiven Wertverlusten. Zudem sind die Provisionen und Verwaltungskosten hoch.

Die Rendite der meisten privaten Vorsorgeprodukte ist niedriger als die der gesetzlichen Rentenversicherung. Und für eine private Altersvorsorge reicht das geringe Einkommen vieler Beschäftigter – vor allem Frauen – sehr oft nicht aus.

Eine Sicherung des Lebensstandards im Alter ist nur mit einer Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und einer ergänzenden betrieblichen Altersvorsorge zu erreichen.

Wir bitten Sie deshalb:

Setzen Sie sich für den Erhalt und die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ein und für einen besseren Zugang aller Beschäftigten zu einer betrieblichen Altersvorsorge!

Gerne begleiten und unterstützen wir Sie mit unseren Erfahrungen und Kompetenzen und verfolgen gespannt Ihre Arbeit.

Ihr Bündnis gegen Armut im Alter in Baden-Württemberg



Stellvertretend für das Bündnis gegen Armut im Alter unterzeichnen die Sprecher/innen des Bündnisses:



Ursel Wolfgramm
Vorstandsvorsitzende



Oberkirchenrat Dieter Kaufmann
Vorstandsvorsitzender
Diakonisches Werk Württemberg



Roland Sing
Landesverbandsvorsitzender



Martin Gross
Landesbezirksleiter Ba-Wü

Kontakt:

Bündnis gegen Armut im Alter
c/o ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg
Ressort 3 | Sozialpolitik
Theodor-Heuss-Str. 2 | tHeo.1
70174 Stuttgart
Tel. 0711-887 88 2140
E-Mail: karin.grimm@verdi.de